

Pressemitteilung vom 09.02.2026 zum TV-N Bayern

Tarifverhandlungen für die bayerischen Nahverkehrsunternehmen – Kritik der Arbeitgeber an erneutem Streiks am 11.02.2026 trotz Angebot und Verhandlungstermin

Die Arbeitgeber haben ihren Einigungswillen bewusst schon in der 1. Verhandlungsrounde durch ein Angebot deutlich gemacht. Die nun noch vor der 2. Verhandlungsrounde stattfindende Eskalation ist völlig unverständlich und belastet die Bevölkerung zu Unrecht.

Die Beschäftigten sind der entscheidende Faktor für die Erfüllung der Mission unserer Mitgliedsunternehmen, einen sicheren und zuverlässigen Personennahverkehr und damit eine zukunftsorientierte, nachhaltige Mobilität zu gewährleisten. Daher bieten die kommunalen Verkehrsunternehmen im Vergleich zu privaten Unternehmen bereits attraktive Arbeitsbedingungen, Entgelte und Arbeitsplatzsicherheit. Die offenen Stellen können mit der bestehenden Entgeltstruktur besetzt werden.

Fahrer/innen in München verdienen ein jährliches Bruttogehalt zwischen 41.800 € und 49.200 €, inklusive Schichtzulage. Hinzu kommen Zuschläge für Nacharbeit, Wochenenddienste und Feiertage. Die Beschäftigten haben eine 38,5 Stundenwoche und 30 Tage Erholungsurlaub. Zusätzliche weitere Entlastungstage sind tarifvertraglich wählbar.

Die Arbeitgeber haben am 19.01.2026 weitere Verbesserungen und eine Entgelterhöhung von mindestens 5% angeboten, um den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. In der aktuellen finanziellen Lage der Kommunen führen übermäßige Steigerungen der Personalkosten zu höheren Fahrpreisen und einer Reduzierung des Verkehrsangebots. Es gilt maßvoll mit öffentlichen Geldern umzugehen.

Die Gewerkschaft besteht mit ihren Streiks auf Entgelterhöhungen von 668,75 € und damit ein jährliches Gehaltsplus von knapp 8.700 € für jeden Beschäftigten. Zusätzlich wird eine 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Die Gewerkschaft übersteigt damit ihre eigenen, zum höchsten Stand der Inflation gestellten Forderungen und das in anderen Branchen Übliche bei Weitem.

Wir fordern die Gewerkschaft auf, gemeinsam mit den Arbeitgebern nach Lösungen am Verhandlungstisch zu suchen, ohne die Fahrgäste durch Streiks zu belasten.